



Mietenwahnsinn stoppen

Der Markt wird's schon richten

Die Probleme bei der Vermarktung von Wohnraum in Hamburg sind seit langem bekannt, neuerdings auch Thema in den Medien. Dass Bürgermeister Olaf Scholz am 9. 11. 2011 die Bekämpfung des Wohnungsmangels zur „Chefsache“ (taz hamburg) erklärt, verleiht der Auseinandersetzung um steigende Mieten und der massenhaften Verdrängung von Mieter_innen eine neue Dimension.

Bereits vor einem Jahr waren dem Demonstrations-Aufruf des Bündnisses „Leerstand zu Wohnraum“ knapp 5.000 Hamburger_innen gefolgt. Fast 1,4 Millionen qm Büroraum stehen leer, Wohnraum verkommt zur Mangelware. Die Demonstration verschaffte dem Skandal breite Aufmerksamkeit. Das Bündnis aus Stadtteilinitiativen, politischen Gruppierungen und den Jugend- und Hochschulgruppen von attac und der LINKEN löste sich nach diesem ersten Erfolg auf. Mit der Erklärung „Mietenwahnsinn stoppen“ traten allerdings einzelne Gruppen aus dem Bündnis wieder sichtbar in die Öffentlichkeit. Der richtungsweisende Forderung nach einem „sofortigen Stopp der Anhebung von Mietpreisen“ und einer „Mietobergrenzen von 4 €/qm“ schlossen sich über 1.500 Unterzeichner_innen an, in den Medien fand die Erklärung kein Echo. Trotzdem wurden steigende Mieten und Wohnungsnot im Bürgerschaftswahlkampf Thema Nummer eins.

Die SPD versprach 6.000 Neubauten pro Jahr. Nach der Wahl wurde relativiert. Im ersten Jahr könne dies nicht erreicht werden. Weitere Anstrengungen bei der Schaffung von dringend benötigtem preisgünstigem Wohnraum ließen sich nicht mehr beobachten.

Im Sommer 2011 rief daher die „AG Mieten & Wohnen“ das Bündnis „Mietenwahnsinn stoppen“ ins Leben, dem sich neben Stadtteil-Initiativen u.a. die ver.di-Jugend und Noya (attac-Jugend) anschlossen. Die Vergesellschaftung von Wohnraum ist die zentrale Forderung der Kampagne. Fernab des dualen Verhältnisses zwischen Markt

und Staat muss eine Loslösung des Wohnsektors von Marktmechanismen denkbar gemacht und umgesetzt werden.

Wie können erste Schritte in diese Richtung aussehen? Die Veröffentlichung des Mietenspiegels war Anlass, um erste Forderungen für eine andere – soziale und gerechte – Idee des Wohnens zu benennen: Schaffung einer Höchstmiete, ein Stopp weiterer Mieterhöhungen bei SAGA (SAGA-GWG) und Veränderung des Mietenspiegels, in den künftig auch Bestandsmieten einfließen müssen. Im Vorfeld der Großdemonstration debattierten darüber mehrere hundert Hamburger_innen bei Info-Veranstaltungen und Stadtteilversammlungen.

Die Kampagne definiert ihr Ziel nicht mehr nur in der Organisation einer großen Demonstration, sondern vielmehr darin gesellschaftliche Zustände dauerhaft zu verändern. Mit einer „Fetten Mieten“-Party in einer SAGA-Filiale brachten Aktivist_innen das Wohnungsunternehmen als Mieltreiber in die Medien. Stärker stand jedoch im Herbst das Thema „Wohnungslosigkeit“ im Fokus. Der Versuch der Vertreibung von Obdachlosen unter der Kersten-Miles-Brücke scheiterte am starken Widerstand der Anwohner_innen auf St. Pauli, des „Bündnisses gegen Wohnungsnot“ (einem Zusammenschluss des Straßenmagazins „Hinz und Kuntz“ und den Sozialverbänden) und dem Bündnis „Mietenwahnsinn-stoppen“.

Wenige Tage vor der Demonstration fand die erste „Mietenwahnsinn“-Symphonie statt. Verteilt über viele Orte in der Stadt wurde auf Kochtöpfen Lärm geschlagen und auf den Mietenwahnsinn aufmerksam gemacht.

Ein Highlight war sicherlich das Unterstützungskonzert am 15. Oktober vor der Roten Flora. Zu den Auftritten von Frank Spilker (Die Sterne), Jan Plewka (ex-Selig), Chaoze One & Lotta C. und Frittenbude strömten im Verlauf des Abends tausende ins Schanzenviertel.

Schließlich beteiligten sich an der Demonstration „Mietenwahnsinn stoppen“ von St. Pauli nach Altona am 29. Oktober 6.000 bis 8.000 Menschen. Die Polizei nahm ein Farbbeutelwurf auf das Büro des Sprechers für Stadtentwicklung Grote zum Anlass den Umzug aufzumischen.

Die Teilnehmer_innen ließen sich nicht provozieren und so endete die Veranstaltung ausdrucksvoll mit einer Kundgebung auf dem Alma-Wartenberg-Platz.

Die Aktionen haben mediales Interesse geweckt. Auch in der Bürgerschaft ist das Thema angekommen. Dass ein Ende

der Kämpfe für bezahlbaren Wohnraum noch nicht in Sicht ist, verdeutlicht die Veröffentlichung des neuen Hamburger Mietenspiegels Anfang November. Stadtentwicklungssenatorin Blankau bekannte, dass dieser zu weiteren massiven Preissteigerungen führen wird. Konkrete Schritte dagegen konnte sie jedoch nicht benennen. Aus diesem Grund protestierten einen Tag nach der Veröffentlichung etwa 50 Aktivist_innen vor der SAGA-Zentrale um ihrer Forderung (Keine weiteren Mieterhöhungen bei der SAGA/GWG!) Gehör zu verschaffen.

Die SPD ist zunehmend bemüht mit der Übernahme von Forderungen aus dem Bündnis und weiteren Angeboten die wachsende Bewegung zu umarmen. Obacht ist hier angebracht, denn eine echte Kurskorrektur ist in der Politik längst nicht zu beobachten. Dass die Forderung nach einer Vergesellschaftung richtig ist, wurde jedoch in den vergangenen Wochen deutlich. Nun liegt es an uns allen, die Ideen eines solidarischen und gerechten Zusammenlebens weiter zu entwickeln.

Jonas Füllner



Macher und Minenhund

Erforschung machbarer Gangstrukturen

Seit Herbst 2009 verknüpfen sich immer mehr Initiativen in Hamburg zum Netzwerk Recht auf Stadt und treiben durch ihre politischen Schwerpunkte die Diskussion um die Frage, was Stadt sein soll und sein kann, voran: Warum sind die Mieten für Wohnungen und Arbeiten so hoch, wie werden neue Gebäude und städtische Areale beplant, wie sieht die ökologische Stadt aus, wie ein Verkehr, der sich an unterschiedlichen Bedürfnissen orientiert? Wem gehört der öffentliche Raum? Warum werden Menschen an den Rand gedrängt und wie lässt sich das verhindern? Und mit welchen Drangsalierungen müssen diejenigen rechnen, die sich für mehr Bestimmungsrechte für Alle einsetzen?

Dass 1,4 Millionen Büroquadratmeter in Hamburg unvermietet leer stehen, die Mieten im Bestand des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA-GWG innerhalb von zehn Jahren um 30 Prozent gestiegen sind und schätzungsweise 60.000 Wohnungen in Hamburg fehlen, sind im Rathaus längst bekannt. Doch Wissen heißt nicht Handeln. Fast alle Fraktionen in der Bürgerschaft – ob in der Regierung oder in der Opposition – haben in den vergangenen Jahren die Stadt als Magnet für internationale Unternehmen und Tourist_innen behandelt, als Landestelle für Kreuzfahrtschiffe und Containerströme, als Schatztruhe für Bauherren, als kreativen Humus, mit dem sich

derung nach bezahlbaren Wohnungen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, ist wohl auch der Tatsache geschuldet, dass nicht nur finanzschwache Menschen Schwierigkeiten haben, eine Wohnung zu finden. Einkommen und Reputation sind keine Garantien mehr für einen Mietvertrag und so rücken die beschwerdemächtigeren Teile der Bevölkerung den Vertreter_innen aus Bezirken und Bürgerschaft auf den Pelz. In den gesellschaftlichen Parallelwelten wird es ungemütlich: Vor dem Hintergrund globaler Proteste gegen soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte scheinen auch Politikverwaltende hierzulande allmählich unruhig zu werden.

bolkraft des Zauns, mit dem er obdachlose Menschen von ihrem angestammten Übernachtungsplatz unter der Kersten-Miles-Brücke fernhalten wollte, wirklich unterschätzt, vielleicht aber wollte er nur die Grenzen des Machbaren ausloten. Seit Februar 2002 regiert der Pastorensohn und Gymnasiallehrer den großen innerstädtischen Bezirk von St. Pauli bis Billstedt, von Finkenwerder bis Wilhelmsburg. Er präsentiert sich gern bürgernah und kontaktfreudig und er weiß genau, dass er auf dem Feld der wechselnden Regierungsparteien mit seinen ordnungspolitischen Bestrebungen nicht alleine steht. Die Verdrängung von Drogenabhängigen, Obdachlosen und Sexarbeiter_innen aus der inneren Stadt mit Platzverweisen, Angstkampagnen und polizeilichen Repressionen ist kein neues Thema; der derzeitige Bürgermeister Olaf Scholz

(SPD) präsentierte sich im Wahlkampf 2001 als hardliniger Innensenator, der Drogendealern mit Brechmittel zu Leibe rücken ließ.

Als Bezirksamtsleiter kann Schreiber seit fast zehn Jahren im zentralen Gebiet der Stadt viel ausprobieren in Sachen Wohnungsbau und Wagenplätzen, bei der Privatisierung öffentlicher Räume in der Hafencity, am Hauptbahnhof oder bei der Europapassage, bei Bauvorhaben und Business-Improvement-Districts. Dass er dabei den

Bogen mitunter überspannt ist Kalkül. Er eignet sich als Prügelknabe und Witzfigur für die liberale Öffentlichkeit und dient gleichzeitig seinen Genossen auch als Vortester der gesellschaftlichen Gemütslage. Er ist Macher und Minenhund – beides mit Rückendeckung.

Markus Schreiber sitzt trotz Zaunfiakso und Zomiadebakek weiterhin fest im Sattel. Denn er ist nützlich für seine Mitstreiter, weil sich der Sturm der Empörung an ihm abarbeiten kann. Das eigentlich Interessante aber ist, was sich in seinem Windschatten bewegt. *Regina Sperber*



die Stadt als internationale Marke entwickeln lässt. Die von den wechselnden Senaten entworfenen Leitbilder zur mal kreativen, mal wachsenden, mal modernen Stadt wenden sich vor allem denjenigen Menschen zu, die kommen sollen und weniger jenen, die hier leben und bleiben wollen.

Durch den öffentlichen Druck hat sich die Kritik an der ausgrenzenden Stadt nunmehr in den parlamentarischen Diskurs tentakelt. Dass dabei die For-

Die politischen Zugeständnisse und Richtungswechsel – von mehr Wohnungsbau über ein bisschen Mindestlohn bis hin zu Transfersteuern – können als Zeichen dafür gelesen werden, dass sich die Politik müht, Anschluss an die gesellschaftlichen Bewegungen zu bekommen und gleichzeitig die Zugkraft der Proteste zu bremsen.

Markus Schreiber trage, schreibt die Morgenpost, „seinen Sheriffstern mit Stolz“. Vielleicht hat der Bezirksbürgermeister in Hamburg-Mitte die Sym-

verstärker ...

... wird von Aktiven aus den Initiativen im Netzwerk Recht auf Stadt geschrieben und produziert. Die Redaktion ist eine offene AG im Netzwerk Recht auf Stadt.

Alle Artikel geben (nicht immer) nur die Meinung der Autor_innen wieder.

Die Zeitung wird kostenlos verteilt und erscheint ca. 3-monatlich. Wir sind darauf angewiesen, dass Viele beim Verteilen der Zeitung helfen.

Kontakt

verstaerker@rechtaufstadt.net
Centro Sociale c/o
Redaktions-AG Verstärker
Sternstraße 2
20357 Hamburg

Aktuelles

rechtaufstadt.net

V.i.S.d.P

Victoria Volkmann, Auf der Höhe 11, 21109 Hamburg

Hier gibt es die Verstärker

Centro Sociale, Sternstraße 2
Buchladen im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
Kolibri, Hein-Köllisch-Platz 1
Mieter helfen Mietern e.V.
Bartelsstraße 30
Infoladen Wilhelmsburg
Fährstraße

Geburtstagsparty oder Räumungsstress?

Der Wagenplatz Zomia in Wilhelmsburg hat in einigen Tagen Geburtstag – wo und ob der Geburtstag überhaupt gefeiert werden kann ist unklar, denn der Platz ist seit dem 4. November akut räumungsbedroht. Ein verrücktes Jahr ist dann vorbei – dabei könnte alles so einfach sein.

Uff, wenn ihr das hier gerade lest, weiß ich also nicht mal wo wir dann sind bzw. ob es uns dann überhaupt noch gibt. Die Lage ist im Moment völlig unklar und prekär: auf juristischem Weg klagen wir schon in letzter Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) gegen den sofortigen Vollzug des Räumungsbescheids. In ein paar Tagen wird also das OVG darüber entscheiden ob „Law and order“ Schreiber „rechtlich abgesichert“ dafür sorgen kann, dass Zomia schon Geschichte ist, wenn dieser Artikel hier erscheint. Und auch ob sich auf politischer Ebene noch etwas bewegen kann, steht in den Sternen: Unser Antrag auf einen Wagenplatz (ja, das ist tatsächlich laut dem völlig überflüssigem Hamburger Wagengesetz möglich) wurde vom Bezirksamt Mitte bereits abgelehnt und auch wenn mensch zwar den Medien der letzten Wochen und Monate entnehmen kann, dass auf sämtlichen Ebenen ständig „intensivst“ und „fieberhaft“ an einer Lösung für uns gearbeitet wird, wir schon mehrfach umgezogen sind und arroganterweise 85 Flächenangebote abgelehnt haben, wurden uns bislang nur zwei Flächen angeboten, die völlig ungeeignet für einen Wagenplatz sind.

Zwar ist jetzt der Bezirk Altona „eingesprungen“ und hat signalisiert, er würde uns aufnehmen – er weiß nur noch nicht wo.

Seit nunmehr einem Jahr beschäftigen sich also sämtliche Ebenen der Hamburger Politik und Verwaltung mit uns – dabei könnte alles so einfach sein und wir fragen uns: Was sollen wir in Altona? Wir haben in Wilhelmsburg eine perfekt geeignete Fläche. Wir sind hier zuhause, in den nächsten Jahren ist dort keine anderweitige Verwendung geplant und es gibt keine direkten Nachbar_innen. Die Argumente warum wir dort nicht bleiben können wechseln nahezu wöchentlich oder je nach Situation: Mal ist es das Hamburger Wohnungsgesetz, welches das Wohnen im Wagen verbietet, dann ist es die Tatsache, dass unsere Fläche als Industriefläche ausgewiesen ist auf der wohnen nicht zugelassen ist. Ein anderes Mal heißt es, einen Wagenplatz ließe sich in Wilhelmsburg nicht durchsetzen und überhaupt könne mensch sich ja nicht einfach so eine Fläche nehmen und dann dort bleiben. Alle Argumente können widerlegt werden bzw. erweisen sich sowieso als haltlos. Und es ist schon ganz schön verwunderlich, dass in Altona all diese Sachverhalte auf einmal kein Problem mehr darstellen sollen. Beispielsweise leben dort Menschen trotz Wagengesetz auf Wagenplätzen, die sich auf einer Industriefläche befinden oder direkt an ein Wohngebiet angrenzen. Haben wir da was



Zeichen der Solidarität an vielen verschiedenen Stellen in Hamburg, nicht nur als Zeichen für Wagenplätze in Hamburg, sondern auch gegen Vertreibung, Repression und sinnlose Zerstörung als Mittel der Stadtentwicklung! Ein Zeichen dafür, dass eine Wagenplatzräumung in Hamburg nicht einfach so zu machen ist. Im Vorfeld, für den Tag X und für die von Zomia angekündigte Aktionswoche nach der Räumung sind schon jetzt dezentrale eigenständige Aktionen angekündigt worden.

Bleibt aufmerksam, schaut auf zomia.blogspot.eu und tragt Euch in den SMS-Verteiler ein: SMS mit „zomia go“ an die Nummer 0177 - 4917162!

**Finger weg von Zomia!
Die Stadt ist kein Schreiber-
garten!** Zomia

Update

– OVG hat Klage/Beschwerde abgelehnt - eine Petition wurde nicht angenommen – Zomia feiert 1-jähriges (herzlichen Glückwunsch!) – Altona bietet Übergangplatz, aber keine Lösung – Zomia verdoppelt sich – Schützenstraße/ Leverkusenstraße und Wilhelmsburg

verpasst? Gehört Altona vielleicht nicht mehr zu Hamburg?

Wir haben jedenfalls genug. Wir lassen uns nicht einfach wegräumen! Wir wollen in Hamburg und im Wagen leben. Und wir lassen uns nicht aus der Stadt vertreiben. Wir werden nicht akzeptieren, dass es in der Stadt Hamburg keinen Platz für uns geben soll. Hamburg muss sich entscheiden, ob es ein weiteres Mal mit repressiver Law-and-Order-Politik gegen Wagenplätze vorgehen will, Markus Schreibers Feldzug der Verwertung und Vertreibung den Weg ebnen will. Viele unterschiedliche Brandherde des Protests gegen kapitalistische Stadtentwicklung, Aufwertung und Vertreibung in Hamburg zeigen, dass das Fass schon übergelaufen ist!

Der Wagenplatz Zomia steht nicht alleine: Wir begrüßen die

Schluss mit Intransparenz

In Hamburg will eine Initiative von Mehr Demokratie, Transparency International und Chaos Computer Club die Stadt zur Offenlegung von Verträgen und Gutachten verpflichten.

Wenn die Freie und Hansestadt Hamburg sich ein Wahrzeichen baut, dann darf alles gerne etwas größer ausfallen, auch die Rechnung für den Steuerzahler. Als „kostenneutral“ war den

Bürgern der Bau der Elbphilharmonie, Hamburgs neuem Kulturtempel in der Hafencity, einmal schmackhaft gemacht worden, doch inzwischen haben sich die Gesamtkosten auf annähernd eine

halbe Milliarde Euro summiert - und die endgültige Rechnung ist noch gar nicht ausgestellt. Regelmäßig berichten die Zeitungen über neue Kostensteigerungen in Millionenhöhe. Was die Stadt als Träger ursprünglich einmal mit der Baufirma ausgehandelt hat, weiß bis heute niemand, denn die Verträge hält der Senat unter Verschluss. Doch damit soll nun Schluss sein.

Seit dem 28. September läuft in Hamburg die ‚Volksinitiative‘ „Transparenz schafft Vertrauen“, die die Stadt zu mehr Offenheit verpflichten

will. Verträge und Gutachten, Dienst-anweisungen und Baugenehmigungen, Senatsbeschlüsse und Datensammlungen – dies soll für Bürger_innen kostenlos im Internet zugänglich werden.

Die Initiator_innen Mehr Demokratie, Transparency International Hamburg und Chaos Computer Club Hamburg wollen die Hansestadt zu einem Leuchtturm in Sachen Transparenz machen. In keinem Bundesland gibt es bislang ein so weitreichendes Transparenzgesetz, wie es das Bündnis anstrebt. Sämtliche Daten von allgemeinem Interesse sollen von der Stadt Hamburg in einem zentralen Informationsregister für die Bürger bereit gestellt werden, also auch Bauverträge für Großprojekte wie die Elbphilharmonie oder die U-Bahn-Linie 4, für deren Mehrkosten in Millionenhöhe am Ende wieder einmal der Steuerzahler aufkommen wird.

„Transparenz ist ein wirksames Mittel gegen Steuerverschwendung und Korruption“, so Gerd Leilich, Vertrauensperson von Transparency Hamburg. „Wenn Bürger und Öffentlichkeit frühzeitig Einblick erhalten, können sie frühzeitig auf den Missstand aufmerksam machen.“

Das Informationsregister soll aber nicht nur Verwaltungshandeln trans-

parent machen, sondern auch einen Bewusstseinswandel herbeiführen. Künftig bekämen Bürger ausdrücklich das Recht auf Dateneinsicht. Bislang müssen sie noch als Bittsteller bei den Behörden vorstellig werden, was aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen oftmals erfolglos bleibt. „Daten, die mit öffentlichen Mitteln finanziert erhoben werden, müssen den Menschen auch öffentlich und frei zugänglich sein,“ fordert deswegen Michael Hirdes, Vertrauensperson des Chaos Computer Clubs Hamburg, stellvertretend für die Volksinitiative.

Immer wieder kommt es vor, dass der Senat Gutachten einfach zurückhält. Über die Motive lässt sich nur spekulieren, doch es steht zu vermuten, dass die Expertisen den Stadtoberen nicht ins politische Kalkül passen. Erst vor kurzem erklärte der Senat, dass er gar nicht daran denke, mehrere Gutachten über die Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze zu veröffentlichen. Die Position des Senats in dieser Frage ist eindeutig: Ein Rückkauf der Netze ist nicht gewollt.

Dass der Wille des Hamburger Senats nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit dem Willen der Bevölkerung, hat die Vergangenheit schon verschiedentlich gezeigt. 2005 etwa wurde

ein vom Verein Mehr Demokratie initiiertes und erfolgreicher Volksentscheid zur Einführung eines stark personalisierten Wahlrechts vom Senat kurzerhand kassiert. Die Missachtung des Bürgerwillens durch die Politik änderte zwar nichts daran, dass das Wahlrecht aufgrund des nicht nachlassenden Drucks aus der Bevölkerung am Ende doch noch zustande kam, aber das Beispiel zeigte: Die Politik setzt den erklärten Willen der Bürger nur dann um, wenn sie dazu gezwungen wird. 2008 wurde nicht zuletzt auf Initiative von Mehr Demokratie die Verbindlichkeit von Volksentscheiden ein für alle mal in der Hamburger Landesverfassung festgeschrieben.

„In Sachen Verbindlichkeit von Volksentscheiden und bürgerfreundliches Wahlrecht ist Hamburg schon jetzt Vorreiter unter allen Bundesländern“, so Gregor Hackmack, Vertrauensperson der Volksinitiative für Mehr Demokratie. „Das soll auch beim Informationszugang für die Bürgerinnen und Bürger so werden!“

Sollte der Senat nach erfolgreicher Volksinitiative nicht gewillt sein, das von Mehr Demokratie, Transparency und CCC ausgearbeitete Transparenzgesetz zu übernehmen, müsste er unweigerlich mit ansehen, wie die Bürger es per Entscheid am Tag der Bundestagswahl 2013 selbst in geltendes Recht umsetzen. Stoppen könnte der Senat das Transparenzgesetz dann nicht mehr.

*Initiative Transparenz schafft Vertrauen
transparenzgesetz.de*

Vattenfalle

Bekommt Vattenfall bereits in Kürze die Genehmigung für die Moorbургtrasse und beginnt dann möglicherweise schon Anfang 2012 mit den Baumfällungen?

Ab 18. 11. werden in Räumen der Hamburg Messe, in nicht öffentlicher, mündlicher Verhandlung, die über 4600 Einwendungen von Bürger_innen gegen die Moorbургtrasse behandelt – der sogenannte Erörterungstermin.

Außer dass für die Trasse mindestens 500 Bäume zum Opfer fallen sollen, soll St.Pauli von einem großen und riskanten Tunnel untergraben werden. Die Brisanz dieses Bauwerks ist aktuell durch eine Einwendung von Blohm + Voss deutlich geworden: deren Gutachter sehen in der Untertunnelung unab-schätzbare Risiken und eine erhebliche wirtschaftliche Gefährdung wegen möglicher

Setzungen – woraufhin Vattenfall prompt eine Umgehung eingeplant hat.

Das Dock 17 ist sicherlich das stabilste Bauwerk oberhalb der 108 m breiten Setzungsmulde die St. Pauli durchzöge. Zahlreiche Altbauten u.a. die Ganztagschule St.Pauli, liegen in diesem Bereich. Auch hier hat es etliche Einwendungen von betroffenen Anwohner_innen gegeben.

Es wurde auf den Geesthang als problematischen Baugrund verwiesen und dass es im schlimmsten Fall zu Gebäude-einstürzen wie beim Kölner Stadtarchiv kommen könnte.

Aber im Gegensatz zu Blohm +

Voss haben St. Paulis Bewohner_innen keine ausreichende Lobby um Vattenfall zu einer Umplanung zu bewegen.

Der SPD-Senat äußerte sich bisher ausgesprochen Vattenfall-freundlich. Olaf Scholz selbst befürwortet offen die Moorbургtrasse, die eigentlich zuständige Umweltsenatorin Blankau leitet auch keine notwendigen Schritte zur Energiewende vor Ort ein und der mächtige Wirtschafts-senator Horch ist als glühender Lobbyist (nicht nur) der Energiekonzerne bekannt.

Alles ohne Transparenz für die Hamburgerinnen und Hamburger! Fernwärme aus Kohlekraftwerken ist nicht umweltfreundlich. Sie ist nicht die umweltschonende Abwärme, die sonst die Elbe erhitzen würde und wird in einem eigenständigen Prozess im Kraftwerk produziert. Mit

der Moorburgtrasse will Vattenfall sein Monopol für den Fernwärmemarkt, sowie den Status „Hamburger Stadtwerk“ langfristig sichern.

Wir fordern einen Stopp des Planfeststellungsfahrens für die geplante Fernwärmeleitung des umstrittenen Kohlekraftwerks Moorburg. Das Verfahren muss so lange ruhen, bis das erfolgreiche Volksbegehren „Unser Hamburg, unser Netz“ durch die Bürgerschaft angenommen oder der Volksentscheid durchgeführt wurde!

Es geht um substanzielle Entscheidungen für Hamburgs Energiezukunft: zum künftigen Betrieb der Energienetze, dem Umfang der gesellschaftlichen Teilnahme daran, wie auch um die Moorburgtrasse.

*Moorburgtrasse stoppen!
moorbургtrasse.de*

Hebebrand bleibt grünes Land



Von Kleingärten in der ‚Wachsenden Stadt‘

Wir sind „Eden für Jeden“ und haben uns als Kleingärtner_innen zusammenschlossen. Circa 400 Parzellen sollen Ende 2014 zugunsten des Wohnungsbaus unter dem Titel „Hebebrandquartier“ „abgeräumt“ werden. Geplant sind bis zu 1.400 Wohneinheiten. Weitere Betroffene: 2 Unterkünfte für Obdachlose sowie der Bauwagenplatz „Borribles“ mit denen wir eng zusammen arbeiten. Das Gebiet ist 39 ha groß und liegt zwischen S-Alte Wöhr und U-Sengelmanstraße. Man kann sagen, alles was sich linksseitig der S-Bahnlinie 1 zwischen Alte Wöhr und Rübenkamp befindet.

Auf 6 ha sollen neue, nackte Kleingärten entstehen. Die jetzigen drei Kleingartenanlagen gibt es seit ca. 65 Jahren, die sozialen Strukturen sind gewachsen, genauso das Grün als Rückzugsort für Kleintiere und mit steigender Wichtigkeit für das Stadtklima und als Naherholungsgebiet. In Anbetracht dessen dass jährlich 200 ha Boden in Hamburg durch Straße- und Gebäudebau versiegelt werden, wird bald nicht mehr viel von der Umwelthauptstadt Hamburg übrig bleiben.

Die Vorplanungen zu diesem Quartier wurden hinter dem Rücken der Kleingärtner_innen durchgeführt. Wunschgemäß sollen wir dann an einem Beteiligungsverfahren der Firma Konsalt in drei Sitzungen über das Wie des Abräumens mitentscheiden. Diesem haben wir uns größtenteils verweigert. Während die anderen Bezirke den Vertrag mit dem Passus versehen haben, dass dafür keine Schrebergärten zerstört werden, schreckt der Bezirk Nord davor nicht zurück. Eine weitere Kleingartenanlage in Groß-Borstel hat der Bezirk einem Irischen Investor zur Errichtung der „Tarpenbek-Greens“ mit hochpreisigen Wohnungen angeboten.

Was plant nun der Bezirk auf unserem grünen Gelände (vis a vis zu leerstehenden Büroräumen der City Nord)? - Miete, Eigentum und Sozialer Wohnungsbau mit einem klei-

nen Teil für §-5-Schein BesitzerInnen (und unklarer Bindungsdauer). Vom Bezirk wird in Zusammenhang mit diesem Quartier von „bezahlbarem Wohnraum“ gesprochen, ein dehnbare Begriff, geht es doch darum, die Besserverdienenden in die Stadt zu holen.

Unser Mit-Gärtner Rupert Schorch schreibt zu dieser Hamburger Narretei folgendes: *Narren hasten, Gute warten und der Weise geht in den Garten.*

Hamburgs Narretei

Im Namen des Wachstums wurden schon viele Narreteien begangen. Die Nutzung von Atomkraftwerken zur Energiegewinnung ist so eine. Ungebremste Mobilität eine andere. Hamburg hat eine eigene Form der Wachstums-Narretei:

Als „Wachsende Stadt“ soll sich Hamburg bei der Herstellung optimaler Kapitalverwertungsbedingungen für die vor Ort ansässigen Unternehmen gegen andere Regionen durchsetzen, wobei das verfügbare Potential an Arbeitskräften als wesentlichster Standortfaktor gesehen wird.

Von der CDU aufgebracht macht sich die SPD jetzt wie gehabt zum Vollzugsbeamten. Getragen von allen Parteien, assistiert von entsprechenden

Kommentaren in der Presse (vgl. MOPO) soll Hamburg wachsen. Gewachsen sind bereits Häuser: Hochpreisige Wohnungen in der Hafencity, in der „Parklane“ und dem „Quartier 21“, gewachsen sind vor allem Bürohäuser an allen Ecken und Enden: Der momentane Leerstand beträgt weit über 1 Mio. Quadratmeter. Doch Hamburg will weiterwachsen. Jetzt brauchen wir die Wohnungen für all die Leute, die von diesem attraktiven Wirtschaftsstandort, der sich solch einen Leerstand leisten kann, angezogen werden sollen:

Vom Zuzug nach Hamburg verspricht sich der Senat jährlich Mehreinnahmen von 3000 € pro Kopf.

Kurz und gut: Nachdem die Stadt unter der CDU schon einiges auf dem Markt geworfen hat: Krankenhäuser, Energieversorgung, Bildung, geht es nun an die Hamburger Grünflächen.

Und unversehens stehen Kleingärtner_innen jetzt in einer Reihe mit dem wachsenden Widerstand gegen die Strukturen, die Leben und Lebenswertes nur noch als Rendite, Gewinnmaximierung und ewiges Wachstum sehen können.

Wie bei jeder ausgewachsenen Narreteil findet man die treibende Kraft dafür in der Ökonomie: „Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem, sagt die Regie-

rungserklärung. Zu deutsch: Am Anfang ist das Geld, und das Geld ist alles und alles ist Geld, amen.“ - so schrieb Jürgen Dahl 1972 zum Thema Atomstrom. Natürlich gilt dieser Satz auch 2011 für Hamburgs Konzept „wachsende Stadt“.

Während Hamburg sich als Umwelthauptstadt aufspielt, betreibt es Flächenrecycling und vernichtet Gartenland, während die Kulturbehörde „Urban Gardening“ hip macht, werden Kleingärten vernichtet. Während auf privatwirtschaftlicher Seite Leerstand von Gebäuden produziert wird, vernichtet die öffentliche Hand Freiräume, die die Stadt erst lebenswert machen. Und das alles mit dem Hinweis, daran könne man nichts machen. Wohnungsbau als Totschlag-Argument.

Doch leider ist dies ja kein Brachland, dort leben Menschen: Die haben mit Herzblut Gärten, Gemüse, Pflanzen und Bäume angebaut, soziales Miteinander geschaffen. An diese Menschen wird appelliert, doch an das Große, an das Ganze zu denken.

Doch wenn Wachstum und Fortschritt in einer Gesellschaft zum alleinigen und allbestimmenden Prinzip werden, dann wird es Zeit in den Garten zu gehen – und sich der Wurzeln des Lebens zu vergewissern.

Kukutza

Am Mittwoch den 21. 11. um 04:40 ertönten die Sirenen auf dem Dach des seit 13 Jahren besetzten Stadtteilzentrums Gaztetxea Kukutza III in Errekalde, Bilbo (span.: Bilbao, Baskenland, spanischer Staat). Wachposten an allen Zugängen zum Viertel hatten die anrückenden Wannen und Räumpanzer der Ertzaintza (baskische Polizei) gesichtet. Nach über 2 Monaten des Wartens, der Vorbereitungen, der großen Mobilisierungen, in Bilbo als auch woanders (u.A. in Hamburg). Nach einem mehrere Wochen andauernden, nervenzerreibenden Belagerungszustand, nun der fast schon herbeigesehnte Angriff. Ein Angriff nicht nur auf ein besetztes Haus, sondern auf ein gesamtes Viertel, auf 13 Jahre Geschichte und Kultur, auf eine Alternative zur bestehenden Ordnung.

Um den erbitterten Kampf um das Kukutza zu verstehen, ist es notwendig, sich mit dem Stadtteil Errekalde auseinanderzusetzen.

„Alles was wir haben, haben wir uns erkämpft.“ Das Viertel Errekalde ist ein Musterbeispiel für Kampfbereitschaft und Solidarität. Dieses traditionelle Arbeiterinnenviertel wurde lange Zeit vernachlässigt und war schon unter dem Franco-Regime immer wieder Ziel von Angriffen auf die dort stark verankerten linken Kräfte. Heute sieht es nicht viel anders aus: Am Rand von Bilbo gelegen, stark verarmt und immer noch vernachlässigt von der neoliberalen Stadtplanung, hat dieses Viertel sich heftige Kämpfe um jede noch so kleine Veränderung liefern müssen. Es ist kein Zufall, dass das Kukutza in Errekalde war. Der Stadtteil braucht ein Zentrum wie dieses und das hat es in dem monatelangen Kampf um das Haus zum Ausdruck gebracht.

Das Kukutza III (der letzten Besetzung waren schon 2 erfolglose vorangegangen) bestand seit 13 Jahren. Die ehemalige Fabrik, die vor der Besetzung jahrelang leerstand, bot auf über 5000m² alles, was ein Stadtteilzentrum hergeben kann. Die Aktivitäten waren sehr weit gefächert, von Zirkusworkshops für Kinder über Kletterwettbewerbe bis hin zu Tanzkursen für ältere Menschen,

das Angebot war enorm und offen für jegliche Erweiterung. Im Herzen von Errekalde gelegen, besuchten Woche für Woche Hunderte von Menschen das Zentrum, kamen auf ein Bier vorbei, nahmen an Workshops teil oder boten selber welche an. Vor 3 Monaten der Schock: Informationen waren durchgesickert, der Eigentümer wolle das Haus räumen und abreißen lassen, um dort Wohnungen an seiner Stelle zu errichten. Das in einem Viertel, in dem über 2000 Wohnungen leer stehen.

Doch von Entmutigung keine Spur. Es gab vielfältige Aktionen, eine internationale Großdemo mit 4000 Leuten, riesige Unterschriftensammlungen, unzählige Pressekonferenzen, Flugblätter, Plakate, Fahnen und Aufkleber, bekannte Künstler_innen und Intellektuelle setzten sich öffentlich für den Erhalt des Hauses ein. Aus dem europäischen Ausland gab es eine große Menge an Solidaritätsbekundungen. Dem Aufruf aus dem Kukutza, internationale „Resistance brigades“ zu bilden, und nach Bilbo zu kommen, kamen den ganzen Sommer über viele Menschen nach. Das kulturelle Angebot des Kukutza wurde noch erweitert. Jeden Tag gab es öffentliche Veranstaltungen und trotz immanenter Räumungsbedrohung brachte es das Kollektiv fertig, weiterhin

offen für die Anwohner_innen zu sein.

Am 21. September dann die ernüchterte Antwort der Staatsmacht: In den frühen Morgenstunden rückten ver mummt, behelmte und schwerbewaffnete Polizist_innen, begleitet von Räumpanzern und einer Hebebühne ins Viertel ein. Nach kurzer Zeit waren hunderte Menschen auf der Straße. Auf den friedlichen Protest antworteten die Schergen des spanischen Staates von Anfang an mit massiver Gewalt. Es gab ca. 40 Verletzte an diesem Tag. Im Haus war das Vorgehen aggressiv und brutal. Trotzdem brauchte das Räumkommando 6 Stunden, um bis in die oberen Stockwerke vorzudringen. Bis zum Letzten wehrten sich die Leute. Immer noch in der Hoffnung, das Haus halten zu können. Während die Gewaltorgie auf der Straße weiterging, wurden die verbliebenen Besetzer_innen äußerst brutal von Spezialeinheiten festgenommen.

Trotz des gerichtlichen Widerspruchs von Anwohner_innen rückte 2 Tage später die Abrissbirne an. Tausende Menschen strömten ins Viertel, um den Abriss zu verhindern. Die Reaktion des Staatsapparats war die gleiche wie zuvor: Es gab unzählige Verletzte, 28 Menschen wurden festgenommen und misshandelt.

Es scheint so, als hätte dieser brutale Angriff auf ein gesamtes Viertel die Menschen noch stärker zusammengeschweißt, und die Stimmung in Bilbo ist trotz den vielen Verletzungen und Verfahren optimistisch. Ein Kukutza IV wird sicherlich nicht lange auf sich warten lassen, oder um es mit den Worten des Kukutza-Kollektivs auszudrücken: **„Sie können ein Haus abreißen, aber nicht unsere Träume.“**

supportkukutza.blogspot.de

Aufenthaltsverbot

In diesem Prozess vor dem Verwaltungsgericht Hamburg (VGH) ging es um das im **Dezember 2007** verhängte 3-monatige Aufenthaltsverbot für große Teile des Schanzeparks gegen C. Dies war der damals vorläufige Höhepunkt der repressiven Verfolgung von C., dem über 70 Platzverweise, diverse Ingewahrsamnahmen und Körperverletzungen durch die Hamburger Polizei vorausgingen. Der sofortige Widerspruch gegen das Aufenthaltsverbot beim VGH blieb bis zu seiner Ablehnung lange unbearbeitet, erst als das Hamburger Oberverwaltungsgericht (OVG) auf erneuten Widerspruch hin eine Begründung von der Hamburger Polizei einforderte, wurde das Aufenthaltsverbot sang- und klanglos ohne Begründung aufgehoben.

Da waren allerdings auch schon 10 Wochen (!) ins Land gezogen. Am 20. 10. 2011, urteilte nun das VGH, dass das im Dezember 2007 gegen C. verhängte Aufenthaltsverbot rechtswidrig war.

Von der Beklagten, der Hamburger Polizei, war jedoch nicht der (auch damals verantwortliche) Leiter der Rechtsabteilung, Re-

gierungsdirektor Stammer erschienen, er ließ sich vertreten.

Das Urteil ist nur als Teilerfolg anzusehen. Zwar wurde festgestellt, dass die Hamburger Polizei rechtswidrig gehandelt hat; von dem zuständigen Verwaltungsgericht wurde aber ein Grundsatzurteil, was die Anordnung von Aufenthaltsverboten betrifft,

vermieden. Es wurden zudem auch nicht die gesamten polizeilichen Maßnahmen verhandelt (Platzverweise, Ingewahrsamnahmen sowie begangene Körperverletzungen), stattdessen wurde sich nur auf das nicht befriedete Gelände des Mövenpighotels bezogen. *Freies Netzwerk für den Erhalt des Sternschanzenparks* schanzenturm.de

Turn it upside down

Aktionstag gegen Gentrifizierung, Vertreibung und kapitalistische Stadtentwicklung

„Wilhelmsburg braucht eine Rote Flora“, forderte die Hamburg Marketing kürzlich in lockerem Ton. Natürlich nicht, um ein weiteres selbstbestimmtes Projekte zu schaffen oder etwas gegen die lokale Stadtentwicklung zu tun, sondern im Gegenteil. Die Gentrifizierungswelle soll befördert und der Stadtteil attraktiver für kreative Köpfe und Führungskräfte werden. So einfach ist es dann aber zum Glück doch nicht und die politische Realität sieht ohnehin anders aus. Alternative Projekte im Hamburger Süden wie Zomia in Wilhelmsburg oder die Initiative „Ja zu Nö“ in Harburg werden bekämpft und im Bezirk Mitte regiert Markus Schreiber mit Unterstützung der SPD wie zu schillernden Zeiten.

Wenn sich hier und an anderen Orten Menschen wehren und für städtische Räume jenseits der Verwertbarkeit eintreten, dann passt ins Bild, dass die Kampagne „Flora bleibt unverträglich“ am 17.12. zu einem internationalen Aktionstag „gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung“ mobilisiert. Denn obwohl der Konflikt um die Rote Flora im Schanzenviertel aus den Schlagzeilen geraten ist, ist auch sie nach wie vor von Verkauf und Räumung bedroht. Dabei ist das Projekt längst von der Gentrifizierung überholt worden, die es einst ungewollt befördert hat. Heute steht es mehr denn je für den Widerstand gegen städtische Politik und viele Anwohner_innen sehen es als symbolisches Bollwerk gegen eine weitere Aufwertung der Nachbarschaft.

Das Schanzenviertel hat in den letzten Jahren eine beispiellose Umstrukturierung erfahren. Der alternative Stadtteil ist zu einem Hotspot der neuen Medien und Liebling der Immobilienscouts geworden. Das jährliche Schanzenfest zu einem Event, welches diese Entwicklung in vieler Hinsicht widerspiegelt. Auf der einen Seite ist es durch Wandel von Besucher_innen und Anwohner_innen einer zuneh-

menden Kommerzialisierung von unten ausgesetzt, auf der anderen kommt es immer wieder zu Übergriffen der Polizei.

Hartnäckig versuchen Stadtteilinitiativen, sich gegen diese Entwicklungen zu wehren und das unangemeldete Fest durch sperrige politische Fragestellungen als lebendiges Interventionsfeld linker Politik zu erhalten. In diesem Jahr war das Fest so groß wie nie und richtete sich mit dem Motto „Gefahrengebiet? Mietwahnsinn!“ gleichermaßen gegen polizeiliche Vertreibung und Verdrängung durch steigende Mieten.

Bei dem kommenden Aktionstag steht nicht die Rote Flora als Gebäude im Zentrum, sondern das, wofür sie politisch steht: für Konflikte und Auseinandersetzungen auf dem Terrain der Stadt, für den Widerstand gegen Verdrängung und die Folgen der neoliberalen Standortpolitik. Diese Schwerpunktsetzung, die die eigenen Mauern und Steine hinter sich lässt, mag auf den ersten Blick ungewöhnlich für ein bedrohtes Projekt sein. Doch einerseits besteht der Vorbereitungs-



kreis aus unterschiedlichen Initiativen und soll weiter verbreitert werden, andererseits spitzen sich die Konflikte und Proteste in Hamburg derzeit im Ganzen zu und die Flora ist als politisches Stadtteilzentrum ohne diese und die Existenz sozialer Bewegungen nicht zu denken.

In diesem Sinne braucht Wilhelmsburg keine Flora, sondern viele neue Wagenplätze, St. Pauli den Erhalt der Eshäuser, statt einem Bernhard-Nocht-Quartier für Investor_innen, Altona ein autonomes Zentrum statt Ikea, St. Georg Platz für Sexarbeiter_innen statt Wertsteigerungen bei Eigentumswohnungen.

Um diese und andere Themen wird es am 17.12. gehen. Zum Auftakt gibt es abmittags Aktionen in Stadtteilen wie Harburg, Wilhelmsburg, Altona oder St. Georg. Nachmittags folgen schließlich zwei große Kundgebungen am Hauptbahnhof als einer der Schlüsselorte von Vertreibung und in Rathausnähe, um den Verantwortlichen der Senatspolitik auf die Pelle zu rücken. Verknüpft werden diese Orte durch eine Rally, in deren Verlauf eigene Aktionen und kreative Proteste von Gruppen und Initiativen eingebunden werden sollen. Alle sind aufgerufen, sich mit eigenen Ideen und Inszenierungen zu beteiligen.

Auf dem Weg vom Hauptbahnhof zur Kundgebung in die Innenstadt gibt es z.B. eine Neuauflage des Topf-schlagens gegen steigende Mieten und Wohnungsnot. Statt einer klassischen Demonstration wird aufgerufen, sich lose zerstreut mit Töpfen und Deckeln auf den Weg zu machen, um das Motto „Access all areas“ als Klangteppich wörtlich zu nehmen und es weihnachtlich scheppern zu lassen. Zum Abschluss des Tages findet auf der Reeperbahn eine Kundgebung gegen Umstrukturierung statt. Es spielen mehrere Bands und es kann mit Glühwein auf einen hoffentlich erfolgreichen Tag für selbstbestimmte Projekte gegen die herrschende Stadtentwicklung angestoßen werden.

flora bleibt



S.O.S. St. Pauli

Stadtteilversammlung beschliesst 12 Artikel

Laut hallen die Hammerschläge über den Gänsemarkt. Zornig treibt ein Mönch Nägel in die Eichtür der Finanzbehörde. Wenige Tage zuvor hatten die Leute rund um die Reeperbahn die 12 Artikel in einer brechend vollen Stadtteilversammlung beschlossen.

Eingeflossen sind die Erfahrungen der Initiativen NoBNQ (Bernhard Nocht Strasse), Esso Häuser Initiative (Spielbudenplatz) und Reeperbahn 157 (Niebuhr Hochhaus). „Wir können uns an die Decke strecken“, sagt einer der Teilnehmer, „aber im Rahmen der jetzigen Gesetze lässt sich die Gentrifizierung von St. Pauli nicht aufhalten. Die Preise sind durch die Decke geschossen, und ohne unterschiedene Unterstützung lässt sich hier kein Sozialwohnungsbau, keine bezahlbaren Wohnungen oder Genossenschaftsbauten mehr machen.“

Rund um die Reeperbahn krachen die Gegensätze derzeit besonders hart aufeinander: noch vor einer Dekade billige Toleranzzone für alles Abweichende, das in der zugeknöpften Hansestadt keinen Platz hat, hat jetzt der Gentrifizierungsturbo eingesetzt: Rent-Gap nennt man in der Fachsprache den Unterschied zwischen den derzeit gezahlten Mieten und dem potentiellen Gewinn, der sich hier erwirtschaften lässt. Eine Differenz, die sich für die Immobilienwirtschaft als attraktive Gewinnspanne auszahlt – und die Grundstückspreise explodieren lässt.

Regelrecht in die Zange genommen wird die Reeperbahn dabei von den „Tanzenden Türmen“ auf der einen Seite – und dem Niebuhrhochhaus, das der Besitzer in Eigentumswohnungen umwandelt. „Dazwischen“ erklärt Prof. Bernd Knies (HCU) die dahinter steckende stadtplanerische Aufwertungslogik, „entsteht jetzt die Meile.“ Symbolträchtige

WIR, DIE LEUTE AUS ST.PAULI, RUND UM DIE REEPERBAHN, VERLANGEN:

1. Alle Planungen, Vertragsverhandlungen und Genehmigungsverfahren, die mit Abriss, Bau, Modernisierung, Umwandlung oder Verkauf zu tun haben, müssen auf Eis gelegt werden. Alles gehört auf den Prüfstand.
2. der Antrag, jede Entscheidung muss öffentlich gemacht und diskutiert werden.
3. Wir brauchen einen Runden Tisch für St. Pauli, der sämtliche Verantwortliche und Betroffene von Stadtentwicklungsprojekten gleichberechtigt einschließt. Entwicklung einer demokratischen Planungsform!
- 4a. Ideen aus dem Stadtteil, statt Bevormundung durch die Stadt: AnwohnerInnen-Initiativen und AnwohnerInnenbedürfnisse müssen entscheidender Bestandteil der Stadtplanung werden.
- 4b. Keine Privatisierung öffentlicher Räume, Parks, Plätze und Einrichtungen. Entprivatisierung des Spielbudenplatzes.
5. Sämtliche Projekte oder Veränderungsmaßnahmen müssen nachweisen, welchen Nutzen sie für den Stadtteil haben.
6. Wenn Neubau, dann nur noch öffentlich geförderter oder günstiger Mietwohnraum.
7. Der Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum darf nicht zu Lasten existierender, günstigen Wohnraums gehen. Der Bau öffentlich geförderter Wohnraums darf nicht zum Vorwand für Abrisspolitik werden.
8. Sozialwohnungen müssen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben.
9. Mietpreisbindung (festgesetzte Höchstwerte) für Wohnen und Gewerbe. Umwandlung aller befristeten in unbefristete Mietverträge.
10. Erhalt und Förderung einer kleinteiligen und vielfältigen Gewerbestruktur.
11. Ankauf aller auf dem Markt angebotenen Wohnungen und Grundstücke durch die Stadt zu gesetzlich festgelegten Höchstpreisen, um günstige Mieten zu sichern.
12. Leerstand kriminalisieren (gesetzlich verbieten), Besetzung von Leerstand entkriminalisieren, Zwangsvermietung bei Leerstand.

Vorgestellt, diskutiert, verändert und beschlossen von rund dreihundert TeilnehmerInnen der 1. Stadtteilversammlung S.O.S. St. Pauli, in der Cafeteria der St.Pauli Schule Bernhard Nocht Strasse. Hamburg am 22. 10. 2011

Glashochhäuser, typisch für die New-Built-Gentrification, wie sie rund um den Erdball hochgezogen wird. „Wenn ich das Gefühl habe, da wird an einem Bild gebastelt, schöpfe ich Verdacht. Denn wenn ich mir dieses Bild, die glänzenden Tanzenden Türme und den neuen Spielbudenplatz, anschau, dann stört da ja etwas.“ – nämlich die gewachsene Struktur der Essohäuser, krachig-bunt dekorierte Geschäfte wie Paul Hundertmarks Western Store, Planet Pauli, Molotow oder das im Sechzigerjahre-Chic erhaltene „Auto Hotel am Hafen“. Auch ein normiertes Image kann repressiv sein, denn es ist ein Angriff auf die Heterogenität, die Unterschiedlichkeit und die Durchmischung, die städtisches Leben auszeichnen.

Hinter dieser umfassenden und bedrohlichen Image-Abrisspolitik steckt Absicht, auch wenn der Senat, in dieser Sicht gestärkt durch den SPD-nahen Mieterverein zu Hamburg, beteuert, eigentlich wolle man etwas gegen die Wohnungskrise in Hamburg tun. Doch danach sieht es derzeit nicht aus - die BSU-Senatorin Jutta Blankau bezeichnete jüngst Gentrifizierung als natürlichen Prozess - und nicht als das alleinige stadtentwicklungspolitische Leitziel neoliberaler Machart, das weltweit zur Verdrängung der Habenichtse aus den Metropolen eingesetzt wird. Doch die beginnen, sich zu wehren.

Entschiedene Maßnahmen sind gefordert. Die Kampagne S.O.S.-St.Pauli wird ausgeweitet, Unterschriften für die 12 Artikel gesammelt. Und wie bei den zwölf Artikeln der Memminger Bauern, die 1524 den Beginn der Revolution des gemeinen Mannes markierten, wünschen Sie sich, dass andere Stadtteile, Projekte, Strassenzüge, sich ebenfalls zusammen- und diesen Forderungen anschließen, sie verändern, verbessern – und gemeinsam durchsetzen.

Antoni Reepschläger

SAGA-GWG

Rüschen für das Staatsäckel

Nun hat der Senat beschlossen, dass der Bau des „Klima-Campus“ am Geomatikum, sowie der Neubau für den Fachbereich Informatik beginnen soll. Die derzeit geschätzten 320 Mio. Euro Baukosten soll das städtische Wohnungsunternehmen SAGA-GWG tragen und die Uni die Gebäude nur anmieten.

Nichts anderes als ein Buchhaltungstrick ist dies – ausgetragen auf dem Rücken der ökonomisch Schwächsten. Die Bau- und Instandhaltungskosten tauchen weder im Hamburger Haushalt, noch dem der Uni auf – eine Fortführung einer von der Vorgängerregierung begonnenen Farce. Diese machte 2008 der SAGA ein vergiftetes Geschenk: Die Hamburger Schulen, die den Haushalt mit einem produzierten Sanierungsstau von ca. 3 Milliarden Euro optisch enorm belasten würden. Diese aufgelaufenen Kosten soll das Wohnungsunternehmen (bis 2020) mit Krediten tragen.

Skeptisch zeigte sich damals M. Neumann (SPD): „Schulen dürfen nicht auf Kosten von Sozialmietern saniert werden.“ Die SAGA-GWG könnte die Mieten erhöhen, um die Kredite abzuzahlen, fürchtete er. Von dieser Einsicht ist die Regierungs-SPD nun weit entfernt.

Das SAGA-Subunternehmen „GWG-Gewerbe“ saniert und bewirtschaftet derzeit 32 Schulen. Zwischen dem städtischen Unternehmen und der Behörde wurde eine Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) vertraglich vereinbart. Ein ausschließlich Hamburger Modell. Der Vertrag belastet die SAGA-GWG bis 2012 mit einer ersten Tranche von 650 Mio. Euro. Ein Großteil entfällt auf Sanierungs-, Neubau- sowie Erweiterungsbauleistungen.

SAGA-GWG Mieter_innen zahlen für die Folgen jahrzehntelanger Vernachlässigung. Die Erhaltung wurde in allen Bereichen vernachlässigt. Die Uni Hamburg hat z.B. immer noch vier „Verfügungsgebäude“ die Ende der 70er Jahre errichtet wurden. Die Institute sollten dort nur 12 Jahre untergebracht werden, mittlerweile sind es 30 Jahre.

Umverteilung von „unten“ nach „oben“, ein alter Hut

Das Argument, die Stadt hätte kein Geld für solche Investitionen verfängt nicht. Nicht zuletzt standen ja ausreichend Mittel bereit, um die HSH Nordbank mit 3 Milliarden zu retten und Sicherheiten von weiteren mindestens zehn Milliarden Euro zu garantieren. Steuer-

und andere Geschenke an ohnehin Wohlhabende, Geld das für städtische soziale Aufgaben dringend fehlt, wird mit vollen Händen bedenken- und fast grenzenlos an die ausgeteilt, die es am wenigsten benötigen.

Ideen wie aktuell die der Handelskammer, den Rathausmarkt mit aufwändigen Baumaßnahmen ‚aufzuwerten‘, erscheinen zu einer Zeit, da sozialen und kulturellen Bereichen massiv Finanzen entzogen werden geradezu als abstruse Liebhaberei zur politischen Perversion und Aufruf zum Widerstand.

Die Parteipolitiker_innen wollen medienwirksame Erfolgszahlen. Die ökonomisch schwachen, wie die SAGA-GWG Mieter_innen sollen es richten. Mieter_innen der SAGA mussten schon für den Taschenspielertrick, der Übernahme der GWG (ebenfalls in städtischem Besitz) in einen „Gleichordnungskonzern“ 500 Millionen Euro für ein Sonderinvestitionsprogramm abführen. Aus diesem wird u.a. der absurde Bau der Elbphilharmonie finanziert.

Kostenverlagerung auf die Mieter_innen

Mit der Schulsanierung und nun den Neubauten der Uni wird die SAGA-GWG (wieder mal) mit erheblichen Belastungen versehen, die Nötigungsbasis für drastischere Mieterhöhungen bieten wird. Die Mieten der SAGA sind von 1998 bis 2008 um 32,8% angestiegen, also mehr als doppelt so schnell, wie es im Durchschnitt bei den restlichen Vermietern in Hamburg der Fall war. Weitere Mietsteigerungen können für viele Mieter_innen das Ende der Fahnenstange sein. Etwas gerade noch bezahlbares fänden sie dann in dieser Stadt nicht mehr.

SAGA-GWG spekuliert mit Immobilien

Seit Jahren verkauft die SAGA, im direkten oder indirekten Senatsauftrag, für den „sozialen Wohnungsmarkt“ gedachte Immobilien und Wohnungen an private Unternehmen, z.B. in der Steenkampsiedlung in Bahrenfeld. Skandalös an dem Vorgehen dort ist nicht nur die Vernichtung preiswerten Wohnraums. Die Siedlung wurde jahrelang dem Verfall preisgegeben, Mieter_innen wurden bewusst in soziale Probleme getrieben. Es ist sicher nicht falsch zu vermuten, dass hier der Widerstandswille der Anwohner_innen frühzeitig gebrochen werden sollte.

Die SAGA war ein gemeinnütziges Unternehmen. Beauftragt mit der Linderung der Wohnungsnot und dem sozialen Ausgleich des Wohnungsmarktes. Ihr Auftrag, formuliert von SAGA Initiator Max Brauer lautete:

„Schafft mehr, preisgünstigen Wohnraum!“. Die GWG (Neue Heimat-Hamburg, ehem. gewerkschaftlich und gemeinnützig) sollte die gleiche Aufgabe übernehmen. Dies ist Musik von gestern, davon hat sich mit politischem Auftrag der seit 2007 integrierte Konzern aus

SAGA und GWG, dessen Aktien die Stadt Hamburg zu 100% hält, offensichtlich verabschiedet.

Ausblick

Ihrer ursprünglichen Hauptaufgabe, der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum, kommt der Konzern nicht mehr nach. Statt dessen wird er gezwungen, sachfremde Großprojekte zu finanzieren und durchzuführen. Es entsteht ein Schattenhaushalt, der die Mieter_innen belastet und das gesamte Unternehmen bedroht.

Soll hier künstlich eine vermeintlich wirtschaftliche Zwangslage erzeugt werden, die dann „keine andere Lösung“ für den defizitären Konzern, als das Verschenken an Private Investoren, mehr böte? Bei dem Enteignungs-Irrsinn (nicht nur in dieser Stadt) könnte das gewollt zu sein: Die Enteignung von gemeinschaftlichem Eigentum, zum Nachteil der Menschen die hier leben und zum Vorteil einzelner die aus der Not Profit quetschen wollen, hat ja durchaus Methode.

Der SAGA-GWG Bestand böte privaten Investoren, aufgrund der Marktwertdifferenz zur hochwertigen Sanierung, zu hochwertigem Neubau, enorme Renditemöglichkeiten. Und kurzzeitig könnte, zu welchen Wahlen auch immer, der Haushalt der Stadt noch ein weiteres Mal saniert werden. Auf Kosten all jener, die sich Mieten ab 8 Euro nicht „leisten“ können.

Nur der Protest von Vielen auf Plätzen und Straßen kann einer ignoranten Regierung, egal welcher Partei, Einhalt gebieten beim Ausverkauf von gemeinschaftlichem Eigentum an private Investoren. Gemeinschaftlicher Wohnraum, Krankenhäuser, Arbeitsräume und Plätze etc., müssen für alle Menschen die hier leben wollen erreichbar und nutzbar sein. Als allerersten Schritt hat die Politik dafür zu sorgen, dass die SAGA-GWG ihrer Aufgabe, der Zurverfügungstellung von gutem, preisgünstigem Wohnraum in ausreichender Zahl auch in den Stadtkerngebieten unverzüglich nachkommt.

Sven Wolf

RETTET ELISA

Mieterinitiative wehrt sich gegen Abrisspläne ihrer Genossenschaft

Wir, die Bewohner_innen der Wohnanlage „Elisa“ in Hamm-Nord, haben uns im September 2011 sehr schnell zu einer Mieter-innen-Initiative zusammengefunden, da unsere Genossenschaft uns damit überraschte, unser Wohnhaus abreißen und uns umsiedeln zu wollen.

Bis dato hatten wir – viele seit 15 bis über 40 Jahre – hier ruhig gelebt, brav die Miete gezahlt, fehlende Instandhaltung (außer neuen Fenstern 1999) nicht moniert.

Nachdem die benachbarten Wohnblöcke der vhw modernisiert wurden, haben wir seit Jahren damit gerechnet, dass als nächstes unsere Wohnanlage an der Reihe ist – falsch gedacht!

„Die Alternativen Instandsetzung oder Modernisierung gäbe es für uns nicht“, sagte der vhw-Vorstand, es würde abgerissen und neugebaut.

Wir müssten zwar ausziehen, aber dies sei für alle die beste Lösung!

Unterstrichen wird und wurde dies Vorgabe durch schnelle und von der vhw vorgegebene Termine für Mieter_innen-Gespräche (Ziel: ein schneller Auszug), sowie mindestens

seit letztem Jahr bestehendem absichtlichen Leerstand!

Das heißt die Wohnungsgenossenschaft vhw will das Backstein-Ensemble „Elisa“ abreißen, ohne bauliche Notwendigkeit und obwohl die besondere Backsteinfassade für den Stadtteil Hamm von historischer Bedeutung ist. Sie will damit preiswerten Wohnraum vernichten, um Wohnungen mit einer Kaltmiete von 11,50 €/qm zu schaffen, die sich die meisten alteingesessenen Mieter_innen nicht leisten können. Es sollen also Geringverdiener_innen Platz machen für Besserverdiener_innen. Der genossenschaftliche Gedanke wird von der vhw ad absurdum geführt.

Wir fordern:

- **Kein Abriss** der Wohnanlage
- **Instandhalten** der Wohnanlage (bzw. die jahrelang

verschleppte Instandhaltung nachholen)

- **Vermietung** der leerstehenden Wohnungen
- **Nur einzelne, sinnvolle Modernisierungen** unter Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen mit dem Ziel, preiswerten Wohnraum zu erhalten.

Helft uns, eine beginnende Gentrifizierung in Hamm zu verhindern. Es darf kein Exempel statuiert werden, dass jetzt sogar Genossenschaften – statt zu sanieren – einfach abreißen und vertreiben.

Zwar wurde der Entscheid über den Abriss um ein halbes Jahr aufgeschoben, allerdings hält der Vorstand der vhw nach wie vor an seinem Abrissplan fest. Wir werden die Zeit nutzen, um konstruktive Vorschläge zu machen.

Mehr Infos auf: rettet-elisa.de



Hiermit ist es nicht vorbei!

Auch nach der Besetzung des ehemaligen Finanzamts in der Großen Bergstraße im April diesen Jahres ist es nicht vorbei: Der Kampf um ein Autonomes Zentrum Altona geht in die nächste Runde! Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Mark Classen faselt derweil in der Presse von „Kreativclustern“ und „einem Mehrwert für Altona“, den er durch einen „Kreativcampus“ im ehem. Finanzamt schaffen möchte. Dabei vergisst er völlig, dass anderswo in Altona unzählige Kreativbüros leer stehen, aber die Amnesie scheint Methode zu haben. Denn mit der Fokussierung auf Kultur und Kreativwirtschaft passt der „Kulturcampus“ perfekt ins Bild

der unter dem Label „Marke Hamburg“ laufenden Gentrifizierung Hamburgs. Dies verbessert nicht etwa die Lebensqualität der Altonaer_innen, wie immer wieder behauptet wird, sondern führt ganz konkret zu einer Wertsteigerung: Teurere Grundstücke, steigende Mieten, Ansiedlung von kapitalstarkem Gewerbe und Gastronomie (z.B. Ikea). Damit geht ein Verdrängungsprozess einher, den die Stadt gerne als „soziale Durchmischung“ beschönigt, der aber vielmehr ein Austausch der Bevölkerung ist.

Dabei wird klar, dass der „Kreativcampus“ nicht die Verwirklichung des Autonomen Zentrums Altona sein kann. Denn die von uns gestellte

Frage nach einem selbstverwalteten, unkommerziellen Stadtteilzentrum in ihre Aufwertungsfantasien zu integrieren, ist ein geschicktes Manöver von SPD und GAL. Sie versuchen damit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Unserem Protest soll die Grundlage entzogen werden und im selben Zug wollen sie ihre Umstrukturierungspläne, gegen die wir protestieren, vorwärts treiben.

Mit einem selbstverwalteten Zentrum soll ein Kontrapunkt gegen steigende Mieten, gegen Verdrängung und Aufwertung durch die Immobilien-Verwertungs-Koalition von Stadt und Unternehmen gesetzt werden. Wir wollen und brauchen einen Ort, an dem

wir respektvoll und solidarisch miteinander umgehen, wo wir kritisch, kreativ und aktiv sein können und den Rahmen dessen selbst bestimmen! Wir sind Aktivist_innen aus Altona und Umgebung, die ein Autonomes Zentrum in Altona wollen und für absolut notwendig halten. Auf regelmäßigen Treffen diskutieren und entwickeln wir Ideen und beteiligen uns an der Realisierung eines selbstverwalteten Zentrums. Und wir werden immer mehr!

AZ Altona kommt!

Kampagne für ein Autonomes Zentrum in Altona

az4altona.blogspot.de

Von Würfeln und Zaubertricks

der Stand der Dinge an der Alten Rindermarkthalle

Eines der traurigsten Beispiele für die allgemeine Hamburger Leerstandsmisere ist die Alte Rindermarkthalle auf St. Pauli. Ihre Eigentümerin, die Finanzbehörde, lässt die 13.400 Quadratmeter der Halle seit Juni 2010, nach dem Auszug des Real-Markts, brachliegen. Ein Versuch des Bezirks Mitte, auf dem Gelände eine „St. Pauli Music Hall“ mit Hilfe einer Scheinbeteiligung der Anwohner_innen durchzuboxen, scheitert im November 2010 an deren Widerstand. Bis auf einen nicht gerade florierenden Wochenmarkt und eine verirrte Kuhherde im Frühling tut sich lange nichts auf dem Gelände – bis zum 19. August.

Fünf Würfel sind gefallen

An diesem Tag fahren die Initiativen Wunschproduktion Unser! Areal, die leute:real und Die Keimzelle in aller Frühe mit einem 7,5-Tonner vor der Rindermarkthalle vor. Im LKW: 30 schwere, quadratische Holzplatten mit einer Kantenlänge von über zwei Metern. In sieben Stunden entstehen daraus, im Schatten des Wochenmarkts und dank vieler helfender Hände, fünf große „Planungswürfel“ (ursprünglich als begeh- und bewohnbare Skulptur „Real Life Lab“ von Till Haupt, Gängeviertel, geschaffen). Die Würfel sind ein Ansage an Senat und Bezirk: Es reicht – wir, die Anwohner_innen planen jetzt selber. Die Alte Rindermarkthalle braucht eine Zukunft, von der alle etwas haben.

Nachdem sich der Trubel des am selben Wochenende stattfindenden Schanzenfests gelegt hat, kommt die wenig überraschende Antwort der Sprinkenhof AG, die das Areal verwaltet: Die Würfel müssen geräumt werden, denn wo bitte ist die Genehmigung? Die Mopo schreibt flugs von „Guerilla-Würfeln“, die GAL-

Fraktion hingegen gibt eine Pressemitteilung pro Würfel heraus, Telefone laufen heiß, und schließlich, nach 6 Tagen ist die Räumung vom Tisch. Ein schöner Erfolg, aber nicht mehr als ein Etappensieg.

Abrakadabra

Denn während die Würfelgruppe Unser! Areal mit Aktionen zu sozialen Gärten und zur Wunschproduktion (nach Park-Fiction-Vorbild) eine selbstbestimmte Anwohner_innen-Planung startet, hat die Politik ihren nächsten Coup vorbereitet. Am 2. September zaubern Finanzbehörde und Bezirk Mitte vor einem handverlesenen Publikum, unter explizitem Ausschluss der Medien, ein Zwischennutzungskonzept aus dem Hut: Edeka Nord wird das Areal für zehn Jahre pachten, und ab Anfang 2013 sollen in der Halle ein Edeka-Markt auf knapp 6000 Quadratmetern eröffnen, ein Aldi (900 qm), ein Budni (800 qm) sowie eine großzügige Markthalle (4000 qm) „wie in Amerika oder Frankreich“ (O-Ton von Bezirkssheriff Schreiber). Für „stadtteilnahe und kulturelle Nutzungen“ sind ganze 600 Quadratmeter im ersten Obergeschoss der Halle vorgesehen. Als Sympathieträger wird noch die Familie Holst, die den beliebten Edeka in der Paul-Roosen-Str. führt, als künftiger Betreiber vorgestellt. Eine reine PR-Nummer, wie sich schon bald herausstellt, da die Holsts nach eigener Aussage noch überhaupt keinen Vertrag haben.

St. Pauli soll nun also ein Einkaufszentrum bekommen – mit kulturellem Feigenblatt und vorgetäuschter Anbindung an den Stadtteil. Und wieder regiert das Kommerzdenken.

Vollends zur Farce wird die Sache, als der Senat in seiner Antwort auf eine Kleine An-

frage der Bürgerschaftsfraktion Die Linke behauptet, in das Zwischennutzungskonzept seien „Stadtteilvertreter und Quartiersbeiräte“ eingebunden gewesen. Eine glatte Lüge, wie die Sitzungsprotokolle der Sanierungsbeiräte Wohlwillstr., Karoviertel und Sternschanze zeigen – auf immer wieder mal gestellte Fragen an die Vertreter_innen des Stadtplanungsamts Mitte zur Zwischennutzung der Halle hatten diese keine Antworten parat. Der Sanierungsbeirat Wohlwillstr. weist denn auch in einer Erklärung vom 25.10. die Behauptung des Senats zurück: „Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit.“

Zurück auf Los?

Bemerkenswert an diesem Vorgang ist die Dreistigkeit, mit der Finanzbehörde und Bezirk Mitte zum zweiten Mal ein Nutzungskonzept über die Köpfe der Anwohner_innen hinweg auskugeln. Erst die Music Hall, jetzt das Einkaufszentrum. Dabei hatte die Bürgerschaft nach dem Music-Hall-Debakel im November 2010 in einem Beschluss den Senat aufgefordert, bei der weiteren Planung Anwohner_innen-Initiativen einzubeziehen. Doch nichts dergleichen ist passiert.

Schreiber selbst versucht sich damit herauszureden, die Wün-

sche der Anwohner_innen aus der großen Wunschproduktionsumfrage seien vom Bezirk Mitte ausgewertet worden und der Hauptwunsch sei die Nahversorgung gewesen. Abgesehen davon, dass die Umfrageergebnisse trotz über 600 ausgefüllter Fragebögen nicht repräsentativ sind, gibt es noch einige andere Wünsche, die mindestens so oft vorkommen wie Einkaufsmöglichkeiten (die auch auf 2000 qm locker zu realisieren wären). Eine neuerliche Befragung, welche Priorität verschiedene Wünsche haben, bewerten Anwohner_innen auf einem Fest im Oktober an den Planungswürfeln so: Gärten + Natur 198 Punkte; Wohnen 152 Punkte; Soziales 89 Punkte ... Einkaufen 65 Punkte.

Die Initiative Unser! Areal führt deshalb zum einen die Anwohner_innen-Planung an den Würfeln weiter (sofern es das Wetter zulässt). Zum anderen fordert sie einen Stopp des jetzigen Zwischennutzungskonzepts und eine neue Planung mit allen Anwohner_innen. Denn eine Zwischennutzung über zehn Jahre durch Edeka Nord – bei Investitionen von 11 Mio. Euro – dürfte sich ziemlich sicher zu einer Endnutzung verfestigen. Eine demokratische Stadtplanung sieht anders aus. Setzen wir sie durch.

*Initiative Unser! Areal
unser-areal.de*

Herbstfest an den Planungswürfeln am Sa, 3.12.2011



KulturEnergieBunkerAltonaProjekt will den Hochbunker Schomburgstraße 6-8 in Hamburg Altona übernehmen und dort Räume für Kultur, regionale Produktion und Gemeinschaft schaffen, sowie ein Biomasseheizkraftwerk installieren. KEBAP soll genossenschaftlich organisiert und ein im Stadtteil eingebundener Ort des Teilens werden. Ein kommunaler Nutzgarten auf dem Bunkerdach könnte an der Bunkerfassade in den umgebenden Park herunterwachsen und so nachhaltig und sichtbar einen bisher unzugänglichen Klotz in den Stadtteil verankern.

Der Bunker wird in Kürze aus dem Zivilschutz freigegeben, Verhandlungen über eine Umnutzung mit dem Bezirk Altona sind aufgenommen. Innenstädtische Bunkeranlagen werden für Privatinvestoren immer interessanter um hochpreisige Lofts auf das Dach setzen.

Um die Projektierung von KEBAP mit den AnwohnerInnen vorort voranzubringen, möchten wir demnächst einen Anhänger als Infomobil am Bunker aufstellen, der auch ganz nach dem Grundkonzept von KEBAP für anderen Initiativen ein mobiler Möglichkei-

tenraum für deren Engagement sein soll.

Kultur-Energie-Utopie

Während die staatlich organisierten Ausgaben für das kulturelle und soziale Leben immer weiter gekürzt werden, steigen die Energiekosten immer weiter an. Ein Teil dieser Kosten bereichert als Profit die großen Energiekonzerne, deren Interesse nicht die Versorgungssicherheit der Allgemeinheit ist, sondern ihre eigene Gewinnmaximierung.

Wenn wir nun unsere Energieproduktion auf genossenschaftlich organisierte For-

men umstellen, befreien wir uns von diesem Profitanteil, da eine Genossenschaft keinen Profit erwirtschaften muss, sondern nachhaltiger Subsistenzwirtschaft verpflichtet ist.

KEBAP möchte die Diskussion darüber entfachen, ob man mit diesen dann sozusagen „vermiedenen“ Profitausgaben andere Bereiche des Lebens mitfinanzieren kann, die von der Gesellschaft als wichtig erachtet werden. In dieser Form der Quersubvention könnte der Energieteil nach dem KEBAP-Modell den Kulturteil finanziell unterstützen, ohne dass unterm Strich mehr

Geld für diese beiden Bereiche ausgegeben werden muss.

Als konkreten Schritt Richtung Realisierung hat sich der gemeinnützige Verein KEBAP e.V. gegründet. Wir arbeiten gerade an einer Struktur, die Menschen mit spezifischen Interessen ermöglichen soll, sich im Projekt einzubringen, ohne die gesamte Projektarbeit mittragen zu müssen. Wir freuen uns auf eure Unterstützung und Anregung.

kulturenergiebunker.de
info@kulturenergiebunker.de

Schlaglichter

Stadt vergibt Grundstücke lieber an Privatinvestoren! Deswegen baut SAGA/GWG immer weniger Wohnungen. In diesem Jahr gerade einmal 41. Im nächsten sollen 287 folgen. *Es gäbe zu wenige Grundstücke für den Wohnungsbau, so die SAGA, sie könne das Ziel von 1.000 neuen Wohnungen erst 2013 erreichen – vielleicht.*

SAGA/GWG verkauft weiterhin! 50% der Häuser in der Steenkampsiedlung (Bahrenfeld) sind inzwischen verkauft. Meist werden die sanierungsbedürftigen (End-) Reihenhäuser zu überhöhten Preisen versteigert. Bei der SAGA/GWG versteht man die Aufregung nicht: *Die Mindestgebote orientieren sich am Marktwert. Da es mehr Anfragen als Häuser gibt, Sorge eine Versteigerung für Chancengleichheit!* Genau.

Fuhlsbüttel Seit 3 Jahren stehen 78 Wohnungen in den ehem. Wärterhäusern leer! Eigentümerin: SAGA/GWG. Wartet der städtische Konzern, bis eine Entscheidung über das freiwerdende Gelände im Umfeld gefällt ist und verkauft die villenartigen Häuser dann an Privatinvestoren?

Bürgerbeteiligung? Eine Farce. Bahngelände Altona, real-Gelände auf St.Pauli,

Erörterungstermin „Moorburgtrasse“, „Dialoge“ zu IBA/igs – immer wieder nichts anderes als Gaukelei, eine skandalöse Missachtung von Ideen, Wünschen und Mitentscheidungsforderungen! Keinerlei Mitsprache- oder Entscheidungsrecht!

5,8 % im neuen Miet(erhöhung)spiegel. Die Mietsteigerungen liegen zwischen 0,2 und 37 %. Gerade die hohen Anstiege betreffen „begehrte Wohnlagen“. Dort wird auch weiterhin verdrängt und Menschen genötigt ihr soziales Umfeld aufzugeben. Ausschließlich Veränderungen kommen zur Berechnung. Wenn nicht von uns allen politischer Druck ausgeübt wird, wird sich auch in Zukunft daran nichts ändern – die Verdrängung hat Methode!

32 Eigentumswohnungen Ein neues Wohngebäude entsteht in unmittelbarer Nachbarschaft zur ehemaligen Seefahrtsschule an den Rainvilleterrassen.

„Die Rainville-Appartements, die sich (...) überzeugend in die bestehenden Strukturen einpassen“ – da wollen wir doch nicht kleinlich bemängeln, dass wieder mal Teile eines öffentlichen Parks in Privateigentum umgewandelt werden! Sichern Sie sich noch heute bestes Eigentum mit Hafenblick – greifen Sie schnell zu, solange der Vorrat reicht!

Wilhelmsburg, Hamm, Rothenburgsort und Barmbek Laut Morgenpost die kommenden „Trendstadtteile“. Hamm: *Mit 7,97 bis 8,55 Euro/qm noch nicht überteuert!* Ein Schnäppchenpreis!

Rothenburgsort im Aufwind: Stadtplaner_innen überzeugen vor Supermärkten Anwohner_innen von nötigen Veränderungen und wollen so verhindern, dass sich die Menschen dort übergangen fühlen. Die **Abwicklung Barmbeks** scheint fast nicht aufzuhalten. Die Umwandlung des ehemaligen Krankenhausgeländes soll Barmbek *familienfreundlicher* und *lebendiger* machen – fragt sich nur für wen!

In Wilhelmsburg wird die Gentrifizierung doch nicht so schnell fortschreiten. *Erst ab 2020* werden sich dann die *Erfolge* der IBA zeigen. Schade.

Die Fahrkarten bitte? Ab März 2012 muss in Bussen vorne eingestiegen werden. Fahrkarten vorzeigen – immer. Das wird spannend, sind doch jetzt schon viele Linien unverschämt unzuverlässig.

Berlins Bürgermeister hat **steigende Mieten** als positives Zeichen erkannt. „*Steigende Mieten sind ein gutes Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt.*“ Lutz Basse, Vorst. SAGA/GWG: „*Es ist nicht unsere Aufgabe, Mieten zu senken, sondern Mehrwert für die Stadt zu schaffen.*“